

Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/043(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag, 20.10.2022	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften vom 15.09.2022, 22.09.2022, 29.09.2022
 - 3.1 15.09.2022
 - 3.2 22.09.2022
 - 3.3 29.09.2022
- 4 Einwohner*innenfragestunde

5	Lenkungsausschuss Buckau Amt 61	
6	Denkmale und verwahrloste Immobilien Amt 61, FB 67	
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Haushaltsplan 2023 FB 02	DS0441/22
7.2	Hochhauskonzept Amt 61	DS0062/22
7.3	Einführung eines ÖPNV-Tickets für Magdeburger Schülerinnen und Schüler zum 01.08.2023 FB 40	DS0466/22
7.4	Finanzierung 2. Nord-Süd-Verbindung (MVB), 4. Bauabschnitt, Damaschkeplatz bis Hermann-Bruse-Platz (Mehrkosten) Amt 66	DS0449/22
7.5	Beschluss über Mehrkosten bei der Finanzierung der Baumaßnahme Ausbau einer Rechtsabbiegespur an der Brenneckestraße zur Nordost-Auffahrt zum Magdeburger Ring Amt 66	DS0482/22
7.6	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 228-4 „Unterer Hohenwarsleber Weg“ Amt 61	DS0387/22
7.6.1	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 228-4 „Unterer Hohenwarsleber Weg“ UwE	DS0387/22/1
7.6.1.1	... der Erhalt der bestehenden Baumstruktur	
7.6.1.2	... Klimaneutralität	
7.7	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 232-1 "Eingang nördliches Stadtzentrum – Hohefortestraße" Amt 61	DS0436/22
7.8	Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 368-1A "Kümmelsberg Westseite" Teilbereich A Amt 61	DS0398/22
7.9	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“ Amt 61	DS0348/22

7.9.1	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“ StBV	DS0348/22/1
7.10	Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“ Amt 61	DS0349/22
7.10.1	Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“ StBV	DS0349/22/1
7.10.2	Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“ Fraktion AfD	DS0349/22/2
7.11	Einrichtung einer Straßenbahnhaltestelle „Goldschmiedebrücke“ in Fahrtrichtung Süden Amt 61	DS0332/22
8	Anträge	
8.1	Miteinander statt Gegeneinander CDU-Ratsfraktion	A0090/22
8.1.1	Miteinander statt Gegeneinander Amt 66	S0238/22
8.2	Barrierefreiheit vor dem Hauptbahnhof realisieren CDU-Ratsfraktion	A0134/22
8.2.1	Barrierefreiheit vor dem Hauptbahnhof realisieren Amt 66	S0298/22
8.3	Aufnahme Bernhard-Keller-Mann-Straße Prioritätenliste Straßensanierung SPD-Ratsfraktion	A0153/22
8.3.1	Aufnahme Bernhard-Keller-Mann-Straße Prioritätenliste Straßensanierung Amt 66	S0317/22
8.4	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0086/22
8.4.1	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Amt 61	S0186/22
8.5	Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien SPD-Ratsfraktion	A0175/22

8.5.1	Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien Amt 61	S0313/22
8.6	Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen! Fraktion DIE LINKE	A0094/22
8.6.1	Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen! Amt 61	S0222/22
8.7	Umgestaltung Friedensplatz SPD-Ratsfraktion	A0114/22
8.7.1	Umgestaltung Friedensplatz Fraktion AfD	A0114/22/1
8.7.2	Umgestaltung Friedensplatz Amt 61	S0231/22
8.8	Einrichtung von Park & Ride Parkplätzen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0168/22
8.8.1	Einrichtung von Park & Ride Parkplätzen Amt 61	S0334/22
9	Informationen	
9.1	Berichterstattung über den Fortgang des Bauvorhabens "Ersatzneubau Strombrückenweg" - aktueller Stand 2. Halbjahr 2022- Amt 66	I0243/22
9.2	Abschaltung von Ampelanlagen in den Nachtstunden Amt 66	I0222/22
9.3	Elberadweg Abschnitt Klosterbergegarten Teiltrückbau, sowie Umgestaltung und Neuanbindung eines Weges Amt 66	I0236/22
9.4	Installation eines Stromanschlussverteilers zur Unterstützung der kulturellen Veranstaltungen am Schellheimer Platz Amt 66	I0250/22
9.5	Intelligente Transportsysteme (ITS) Amt 61	I0171/22
9.6	Änderung von Maßnahmen in der Städtebauförderung im 1. Programm "Stadtumbau Ost-Rückbau", Programmjahr 2019 2. Programm "Sozialer Zusammenhalt", Programmjahr 2021 Amt 61	I0235/22
10	Verschiedenes	

- 10.1 Rahmenplan Innenstadt
 Amt 61
- 11 Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee
 Amt 66
- 13.1 15.09.2022
- 13.2 29.09.2022

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Frank Schuster

Reinhard Stern

Vertreter

Ronny Kumpf

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Entschuldigt:

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas

Burkhard Moll

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ein und eröffnet die Sitzung.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Redebedarf wird für die Informationen unter TOP 9.1 und 9.3 angemeldet.

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschriften vom 15.09.2022, 22.09.2022, 29.09.2022

Stadtrat Schuster nimmt ab 16:05 Uhr an der Sitzung teil.

3.1. 15.09.2022

Abstimmung: 5-0-2

3.2. 22.09.2022

Abstimmung: 6-0-1

3.3. 29.09.2022

Abstimmung: 7-0-0

4. Einwohner*innenfragestunde

5. Lenkungsausschuss Buckau

6. Denkmale und verwahrloste Immobilien

7. Beschlussvorlagen

7.1. Haushaltsplan 2023 Vorlage: DS0441/22

Frau Behrend erläutert die vorab verteilten überarbeiteten Listen. Dez. VI findet sich in den Anlagen 9 - 11 der investiven Maßnahmenliste ämterbezogen und sortiert wieder. Beispielhaft erläutert sie die Sortierung in den Anlagen 10 und 11.

Anlage 10: nach Fördergebieten und Programmen;

Anlage 11: nach Brücken, Lichtsignalanlagen, ... sowie zum Schluss bewegliches Anlagevermögen;

In einer weiteren Liste wurden die Haushaltsausgabereste für das laufende Haushaltsjahr dargestellt. Eine regelmäßige Anpassung der Liste werde erfolgen. Betrachtet wurde nur die Auszahlungsseite. Eine Sortierung nach Fachämtern mit unterschiedlicher Farbdarstellung sei erfolgt.

Hierzu hinterfragt **Frau Behrend** den weiteren Verfahrensweg in Bezug auf die aufgearbeiteten Listen.

Für **Stadtrat Dr. Grube** sei die so aufgearbeitete Tischvorlage ausreichend. Er fragt zur Basistabelle, ob eine Berücksichtigung der Haushaltsausgabereste aus den vergangenen Jahren erfolgte.

Ja, antwortet daraufhin **Frau Barth** und geht auf den Übertragungsmodus ein.

Stadträtin Linke hinterfragt die farbliche Aufteilung der einzelnen Spalten.

Frau Barth erläutert die Legende zur Maßnahmenliste:

rot: neue Maßnahmen;

blau: Ansatzveränderungen;

schwarz: Analog 2022;

Stadtrat Stern bittet um den Austausch der Anlagen in der Haushaltsdrucksache im Session.

Frau Behrend verweist auf die Anforderungen im Session (nur pdf-Anlagen). Excel-Anlagen seien im Session nicht möglich, könnten aber gesondert extra an die Stadtratsmitglieder auf Wunsch verteilt werden.

Stadtrat Stage bedankt sich für die aufgearbeiteten Unterlagen.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** geht auf die Personalentwicklung im Bereich des Dez. VI ein. Er geht auf den Stellenaufwuchs durch die Integration des ehemaligen Amtes 31 ein, zusätzliche Stellen im Rahmen Intel und verweist auf zurzeit insgesamt 40 unbesetzte Stellen.

Stadtrat Stern geht auf die Dauer des Stellenbesetzungsverfahrens von ca. 167 Tagen ein und hinterfragt einen möglichen Rückgriff auf die Taskforce der Stadt.

Beispielhaft erläutert **Herr Rehbaum** die Stellenbesetzung im Bereich Klima und verweist auf die Schwierigkeiten bei der Besetzung. Er kündigt eine Klausur bei der Oberbürgermeisterin in Bezug auf die Personalgewinnung an.

Am schlimmsten sieht es im Bereich des Amtes 66 aus. Im Bereich Haushalt, Personal sind Langzeiterkrankungen neben regulären Renteneintritt das Problem. Es mangelt an Bauingenieuren. Fachkräftemangel ist ein großes Problem.

Stadtrat Stern verweist auf den schon seit Jahren bestehenden Zustand und geht auf den zusätzlichen Stellenbedarf durch die Intelansiedlung ein.

Herr Gebhardt erläutert die momentane, sehr problematische Situation (Rente, Krankheit, Abwanderung, keine qualifizierten Bewerber*innen).

Stadtrat Stage fragt, wie sicher es sei, dass die neuen Mitarbeitenden in dem dafür gedachten Bereich auch tätig sein werden und verweist auf die Stelle des Baumkontrolleur.

Herr Rehbaum geht auf die Zusatzbelastung aller Dezernate durch die unterschiedlichen Situationen (Pandemie, Ukrainekrieg, ...) ein. Ergänzend verweist er auf den Aufbau des Katastrophenstab aus allen Bereichen der Stadtverwaltung und geht auf die entsprechenden Schulungen ein. Die Zielstellung ist die Schlüsselpositionen mit eigenen hoheitlichen Kräften zu besetzen. Zusätzliche Situationen müssen dementsprechend bewältigt werden.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** geht im Weiteren auf die Beschlusslage und Stand der Umsetzung zum Antrag A0111/22 strukturelle Radverkehrsförderung ein.

Stadtrat Stage geht auf den Zwischenstand hier ein.

Stadträtin Linke hinterfragt die Aussagen unter Punkt 8 (heißt 2022 und 2023).

Frau Köhler verweist auf die Abarbeitung im Jahr 2022 und geht auf den Punkt 8 – Übersicht der Investitionen Radverkehr des jeweils aktuellen und des vergangenen Jahres – ein.

In Vorbereitung des STBV wurde der gegenwärtige Bearbeitungsstand der Beschlusspunkte 1 - 8 dargestellt.

Stadtrat Stern geht auf die Maßnahmenliste – Geh-, Rad-, und Fahrbahnen - des Amt 66 ein und hinterfragt die Fördermittelgenehmigung für die Ernst-Lehmann-Straße.

Herr Gebhardt informiert, dass für die Ernst-Lehmann-Straße ein Fördermittelbescheid vorliegt. Des Weiteren geht **Stadtrat Stern** in die Maßnahmenliste ein und hinterfragt an Beispielen was gemacht werden soll und wer dieses ordnet (z.B. Gellertstraße (lfd. 84), Freiligrathstraße (lfd. 85)).

Herr Gebhardt verweist auf die Spaltenüberschriften und so erkennbaren geplanten Gehwegsanierungen. In der jeweiligen Spalte wurde ein Kreuz gesetzt.

Stadtrat Stern geht auf die Priorisierung ein.

Herr Gebhardt verweist auf die Berücksichtigung von Baumaßnahmen von SWM und AGM, bzw. Fördermittelbereitstellung.

Für **Stadtrat Stern** wäre der Elberadweg Südost (lfd 78) höher prioritär.

Herr Dr. Lerm verweist beim Elberadweg auf die Problematik des Grundstückserwerbes, welcher weiterhin noch nicht geklärt und gesichert sei. Eine „frühere“ Priorität mache keinen Sinn.

Stadtrat Stage geht auf den engen Spielraum ein. Eine mögliche Verschiebung in der Prioritätenliste müsse mit der Verwaltung diskutiert und auf Möglichkeiten der Umsetzbarkeit dementsprechend abgeklärt werden.

Stadtrat Stern hinterfragt einen möglichen Vorrang von SWM, Telekom, ...

Stadtrat Stage bittet die Fraktionen um Sichtung und gegebenenfalls Nachfragen an die Verwaltung direkt zu stellen.

Stadträtin Linke geht auf den Antrag A0111/22 ein und hinterfragt die prozentuale Aufteilung nochmal, z.B. für die Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee und die Brücke Cracauer Wasserfall.

Herr Gebhardt weist auf die gemeinsame/kombinierte Nutzung durch Radfahrer*innen und Fußgänger*innen hin. Eine Gewichtung/prozentuale Darstellung ist erfolgt.

Der **Beigeordnete II Herr Kroll** verweist auf die pragmatische Lösung in diesem Bezug.

Stadträtin Linke geht auf die schlecht dargestellte Radverkehrsfinanzierung ein und hinterfragt die Darstellung für das letzte Jahr.

Frau Behrend verweist auf die nicht unterteilten Gesamtansätze. Sie erläutert und verweist auf eine voll umfänglich geplante Übererfüllung im Jahr 2023 sowie 2024. Längerfristig sei dieses im Haushalt nicht darstellbar. Die mittelfristige Planung ist mit dem jetzigen Kenntnisstand nur darstellbar.

Stadträtin Linke fragt nach der Berücksichtigung 2022 in der 1. Berichterstattung. Die Verwaltung arbeite daran und werde dies berücksichtigen, so **Frau Köhler**.

Stadtrat Stern geht auf die Finanzierung der Neuen Strombrücke ein und hinterfragt die offene Flanke, das Restrisiko und fragt nach der entsprechenden Darstellung.

Frau Behrend verweist auf die Aussagen im Vorbericht – Risikoeinschätzung.

Momentan fehlen Fördermittel von ca. 68 Mio. €. Über Liquiditätskredite müsse dieses gegebenenfalls nachfinanziert werden.

Stadtrat Stern geht auf die Cracauer Wasserfallbrücke und die geplante Nutzungsdauer ein.

Herr Gebhardt verweist auf die Verschiebung des Submissionstermins um eine Woche.

Ergänzend verweist **Herr Eins** auf ca. Ansätze und einer Nutzungsdauer von mindestens 15 Jahren bei entsprechender Pflege.

Stadtrat Stern geht auf die zu erwartenden Kostensteigerungen ein und hinterfragt eine Ausführung in Kunststoff. Er verweist zwar auf höhere Anschaffungskosten aber gibt eine längere Nutzungsdauer zu bedenken.

Herr Rehbaum geht auf die Restnutzungsdauer der Unterkonstruktion der Brücke von maximal 15 Jahren ein. Eine neue Brücke werde dann insgesamt erforderlich.

Stadträtin Linke geht auf den Punkt 4 – Fahrradabstellanlagen des Antrages A0111/22 ein und hinterfragt die eingestellte Summe.

Herr Rehbaum geht auf die unterschiedlichen Modelle und Standortanforderungen ein. Die Mittel sind mit Maßnahmen untersetzt.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die Unterschiede bei der Ausführung der Fahrradabstellanlagen (Bügel) und spricht die aus seiner Sicht gegebene Nachteile bei den Flachstahlbügeln an. Nach welchem Prinzip werde entschieden?

Stadtrat Stage stimmt den Ausführungen von **Stadtrat Dr. Grube** zu und bringt eine aus seiner Wahrnehmung teilweise schwierigen Nutzung der Fahrradbügel zum Ausdruck.

Herr Dr. Lerm geht auf die AG Fahrradabstellanlagen ein und verweist auf die erfolgte Abstimmung in Bezug auf die unterschiedlichen Standardanforderungen.

Stadtrat Stage vermutet durch eine Flachstahl-Ausführung Nachteile und weist auf ein mögliches Risiko von Beschädigungen am Fahrradrahmen hin.

Stadträtin Linke hinterfragt noch einmal den eingestellten Betrag, reicht dieser aus?

Herr Rehbaum verweist auf den jeweiligen Einzelstandort.

Herr Schneider geht auf eine kostensparsame Umsetzung auch mit eigenem Personal ein und nennt hinsichtlich einer gelungenen und langjährig bewährten Gestaltung beispielhaft die Ausführung auf dem Moritzplatz.

Für **Stadtrat Dr. Grube** ist die Frage der Ästhetik das eine, aber im Bereich des Domplatzes gebe es kantenförmige Ausführungen und vor dem Landtag gerundete Ausführungen, merkt er an. Aber auf alle Fälle werde das Fahrrad angelehnt.

Stadtrat Hempel geht auf den barrierefreien Haltestellenausbau ein. Er kann keine Berücksichtigung von Planungskosten in Umsetzung der Prioritäten 1 und 2 im Haushalt finden.

Herr Schneider verweist auf die Planung von Straßenbahnhaltestellen durch die MVB.

Stadtrat Hempel geht es um die Ausarbeitung der Liste barrierefreie Haltestellenausbau (DS0280/21, Anl. 3) mit Baubeginn 2025/2026.

Stadtrat Dr. Grube verweist auf den Stadtratsbeschluss zum barrierefreien Haltestellenausbau (Priorität 1 und 2 parallel). Die Einarbeitung im Haushaltsplan fehlt. Planungskosten für 2023 sowie mittelfristig fehlen.

Herr Dr. Lerm geht auf den Ausbau der Bestandsstrecken ein. Hierzu führt die MVB in Abstimmung mit der Verwaltung derzeit drei Projektstudien durch. Diese Studien sind Voraussetzung für die Einwerbung von Fördermitteln für Planung und Bau / Umbau.

Herr Rehbaum verweist auf personelle, finanzielle und bautechnische Kapazitätsprobleme.

Stadtrat Stage verweist auf die Beschlussvorlagen zu Straßenbahn- und Bushaltestellen aus den Jahren 2021 und 2022 und fragt, wieso die Kosten nicht eingeplant wurden.

Stadtrat Hempel erinnert an den Stadtrats-Beschluss zur Verkürzung der Realisierungszeit und muss nun feststellen, dass das beschlossene Tempo sich nicht im Verwaltungshandeln zu finden scheint.

Stadtrat Schuster spricht sich für mehr Realismus aus. Er verweist auf Renteneintritte und bis zu 20% weniger Arbeitskräfte bis 2030. Ingenieurtechnisches Personal fehle überall.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach dem Fertigstellungstermin der Pylonbrücke über die Alte Elbe.

Herr Eins informiert über die geplante Freigabe für ÖPNV und MV Mitte November 2023, einschließlich dem barrierefreien Haltestellenausbau.

Stadträtin Linke geht auf das Thema Bordsteinabsenkungen ein und hinterfragt die entsprechende Position im Haushalt.

Herr Rehbaum verweist auf das Teilbudget des Amtes 66.

Herr Gebhardt ergänzt, dass diese Ausgaben jeweils aus dem konsumtiven Haushalt finanziert werden.

Des Weiteren erkundigt sich **Stadträtin Linke** zum Stand der Fortschreibung der Radverkehrskonzeption. Sie vermisst hierzu eine Mitteleinstellung bzw. findet sie nicht in den Unterlagen.

Herr Rehbaum verweist auf 3 zusätzliche Stellen für den Bereich Verkehrsplanung. Davon eine Stelle für eine/n Radverkehrsbeauftragte, wobei die abschließende strukturelle Zuordnung noch offen sei.

Frau Köhler geht auf die bestehende Radverkehrskonzeption ein und erinnert an den Beschluss, dass eine Weiterbearbeitung nach erfolgtem Beschluss zum VEP 2030^{plus} erfolgen soll. Dafür sind im Teilbudget des Amtes 61 entsprechende Mittel eingeplant.

Stadtrat Stern findet flexibel einzusetzendes Personal gut, aber für eine Ingenieurstelle findet er das „Beauftragtenwesen“ fraglich.

Die **Oberbürgermeisterin Frau Borris** geht auf die Stellensituation ein. Bei der Stelle eines „Rad- und Fußverkehrsbeauftragten“ verweist sie auf die Beschlusslage sowie einer noch offenen Zuordnung.

Stadtrat Stage spricht sich für die abschließende Klärung im Rahmen der Haushaltsberatung im Finanz- und Grundstücksausschuss aus.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die Maßnahme Lemsdorfer Weg – Fermersleber Weg.

Frau Behrend verweist auf die Haushaltsresteliste Zeile 41.

Herr Gebhardt geht auf die Verschiebung der Maßnahme ein, verweist auf eng an der Straße angrenzende Kleingärten sowie den Friedhof. Die Planungen werden, finanziert mit Haushaltsausgaberesten, nach erfolgter europaweiter Planungsausschreibung fortgeführt. Es wird von der Notwendigkeit der Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens ausgegangen.

Stadträtin Linke geht auf das Thema Radschnellwegverbindung (S0189/22) ein und erkundigt sich über die Einstellung von Planungskosten.

Herr Schneider verweist auf das Bemühen zur Einwerbung von Fördermitteln sowie eine aktuell erfolgte Ausschreibung von Planungsleistungen für einen Abschnitt eines neuen Radschnellwegs entlang des Großen Wiesengrabens.

Herr Rehbaum geht auf die Radverkehrsanlagen im Zuge der Erschließung des Industriegebietes Eulenberg näher ein.

Herr Gebhardt ergänzt einige Nachfragen von **Stadtrat Stern** aus der letzten Sitzung:

1. Lichtsignalanlagen (LSA): verweist auf 12 – 15 tausend € für die geplante Nachrüstung im Bereich:
 - Albert-Vater-Straße/Draisweg;
 - Otto-von-Guericke-Straße/Virchowstraße;
 - Albert-Vater-Straße/Ostrampe Magdeburger Ring;
2. Brücken:
 - Oebisfelder Brücke – im Vergabeverfahren;
 - Cracauer Wasserfall – Submission erfolgt in Kürze;
 - Sudenburger Wuhne; an der Brücke werden kontinuierlich weiterhin Sonderprüfungen vorgenommen, da die DB AG die Erhöhung der Geschwindigkeit auf den Gleisen beabsichtigt wird es zu einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung kommen,
 - Turmschanze Freianlagenplanung: Freianlagenplanung Cracauer Straße vor den Schulgebäuden.

Herr Kroll verweist auf die Darstellung Anlage 11 Maßnahmenliste – Jahresscheiben und wirbt für diese.

Stadträtin Linke erkundigt sich zum Stand der Planung eines Fahrradparkhauses am Hauptbahnhof und hinsichtlich der Mitteleinstellung.

Herr Rehbaum verweist auf eine Begehung mit NASA, Stadt und Bahn. Eine Variantendiskussion müsse folgen. Gespräche mit der NASA über das Schnittstellenprogramm und weitere Fördermöglichkeiten sind erfolgt. Ein Fahrradparkhaus müsse sich in die Gesamtumbaumaßnahme Hauptbahnhof integrieren.

Stadtrat Dr. Grube zeigt sich irritiert und ist unglücklich mit dem Stand und der erst jetzt erfolgten Begehung. Die weiteren Planungen müssen vorangetrieben werden. Die bereits geplanten und vorgestellten Fahrradabstellanlagen auf dem Kölner Platz seien davon unabhängig. Einen perfekten Ort sieht er in den Räumlichkeiten des ehemaligen Mc Donald im Bahnhofsgebäude.

Für den nächsten Haushalt bittet er um eine Exceldatei für die Arbeit im Ausschuss. Die Aufarbeitung der Unterlagen und die Recherchemöglichkeiten dadurch lobt er ausdrücklich.

Herr Rehbaum verweist auf die Unschlüssigkeit der Deutschen Bahn.

Stadträtin Linke hinterfragt einen möglichen Standort im Bereich ZOB.

Herr Dr. Lerm geht auf ungeklärte Höhen, Eigentumsverhältnisse und den Flächenfreihaltebedarf für einen möglichen „Reservebahnsteig“ der Deutschen Bahn ein und verweist auf das nächste Jahr.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** zieht ein positives Fazit in Bezug auf die Aufarbeitung der Unterlagen und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.

Zu klären seien die Umsetzung der Prioritäten bezüglich der barrierefreien Straßenbahn- und Bus-Haltestellen.

Abstimmung zur DS0441/22: 2-0-5

7.2. Hochhauskonzept
Vorlage: DS0062/22

2. Lesung der Beschlussvorlage.

Stadtrat Mertens verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung und **Stadtrat Kumpf** nimmt als Vertreter ab 18:00 Uhr an der Sitzung teil.

Grundsätzlich sei ein Hochhauskonzept für eine Stadt wie Magdeburg wichtig, so **Herr Dr. Lerm**. Eine dynamische Stadt wie Magdeburg braucht ein Konzept als Instrument der Stadtgestaltung.

Stadtrat Stage verweist noch einmal auf eine Vision hier, es sei eine Zielvision.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die 3 verschiedenen Varianten.

Herr Dr. Lerm verweist auf die Rolle der Stadt. Private und öffentliche Investoren bauen. Die Stadt baut eher nicht. Die aufgezeigten Szenarien dienen der Stadtgestaltung, sind Anregungen und keine planerischen Vorgaben.

Es handelt sich um reine konzeptionelle Möglichkeiten, ergänzt **Frau Krischel**.

Stadtrat Dr. Grube findet ein Hochhauskonzept grundsätzlich gut. Schwierig findet er aber, dass Hochhausstandorte aufgezeigt werden, die keinen Mehrheitsbeschluss des Stadtrates haben. Er hinterfragt die Auswahlkriterien und bittet um weitere Erläuterung.

Frau Krischel geht auf den Prüfkatalog, der hierfür erstellt wurde, ein. Sie erläutert einige Kriterien wie Freiflächen, Struktur, Nahverkehr, Sichtbezüge,... Jedes dieser Parameter werde für den jeweiligen Standort durchlaufen.

Stadtrat Stern begrüßt das Hochhauskonzept. Dieses werde und müsse sich dynamisch weiterentwickeln.

Sichtbezüge/Sichtachsen müssen unbebaut bleiben, mahnt er an und hinterfragt deren Berücksichtigung.

Der Bau eines Hochhauses rechne sich aber nur mit hohen Mieten, stellt er fest.

Frau Krischel geht auf die Darstellung von „Negativstandorten“ wie z.B. im Bereich Elbpromenade Buckau ein. Eine Beeinträchtigung der Sichtachse sei hier das Ausschlusskriterium.

Eignungs- und Ausschlussstandorte wurden dargestellt.

Eine Integration von Hochhäusern in die Stadtstruktur soll mit Hilfe des Hochhauskonzeptes erfolgen, ergänzt **Herr Dr. Lerm**.

Stadtrat Dr. Grube erbittet zu gegebener Zeit immer eine separate Vorlage für den StBV.

Herr Dr. Lerm sichert dieses zu und verweist auf das Verfahren der Bürgerbeteiligung an der Bauleitplanung nach § 3 BauGB.

Abstimmung zur DS0062/22: 6-0-1

7.3. Einführung eines ÖPNV-Tickets für Magdeburger Schülerinnen und Schüler zum 01.08.2023
Vorlage: DS0466/22

Herr Sengstock bringt die Beschlussvorlage ein. Er geht auf den Mehrbedarf im Haushalt, die Umsetzung sowie Aufteilung ein.

Abschließend verweist er auf die Abstimmung im BSS (5-0-2).

Stadtrat Dr. Grube begrüßt den jetzt erfolgten Fortschritt und verweist auf die Diskussion noch vor einem halben Jahr. Dieses sei nun ein guter Einstieg.

Stadtrat Kumpf sieht einen 1. Schritt in die richtige Richtung. Er hinterfragt die Umsetzungsmodalitäten (Jahresticket, Schülerschein,...) und hofft auf einen Abbau von Verwaltungsbürokratie bei der Umsetzung.

Herr Sengstock verweist auf 2 Komponenten bei dem zukünftigen ÖPNV-Ticket. Der Schülerschein mit seiner 5-jährigen Gültigkeit sowie dem Ticket.

Stadtrat Stage hinterfragt die Möglichkeiten der Abokündigung bzw. einer zeitweisen Nutzung. Er verweist auf die unterschiedlichen Nutzeransprüche zwischen Sommer und Winter (Fahrrad).

Herr Sengstock lässt den Sachverhalt prüfen.

Stadtrat Hempel verweist auf das 12-monatige Abo in Verbindung mit dem Schuljahr. Er werde der Beschlussvorlage zustimmen, vermisst aber die soziale Komponente und verweist dabei u.a. auf die nicht berücksichtigten Azubis. Des Weiteren geht er auf den Magdeburg-Pass und die Otto-City-Card ein und sieht die Beschlussvorlage nur als einen 1. kleinen Schritt. Abschließend kündigt er einen Änderungsantrag aus der Fraktion zur Verbesserung an.

Frau Borris verweist auf die Auffassung des Landesverwaltungsamt.

Kostenfrei geht auf Grund des Defizits im Haushalt nicht.

Die Otto-City-Card habe eine soziale Komponente und die Landeshauptstadt steuert 4 € dazu bei.

Des Weiteren verweist sie auf die Ticketerfassung und geht auf einen möglichen „Kannibalisierungseffekt“ (Marego-Ticket) ein.

Stadtrat Hempel hinterfragt nun den klügsten Weg (9,- € Otto-City-Card oder Änderungsantrag).

Frau Borris verweist auf Buchungssystem und Schnittstelle der Empfänger der Otto-City-Card. Die Abgleiche im System laufen dazu.

Stadtrat Stage verweist auf die Umsetzbarkeit. Eine technische Machbarkeit muss gegeben sein.

Stadtrat Stern geht auf den politischen Vorschlag hier ein. Der Vorschlag sei legitim, aber es ist und bleibt eine freiwillige Aufgabe, gibt er zu bedenken.

Er verweist auf die schon hohe Haushaltsbelastung. Die gebe es zu beachten. Es gehe um Millionenbeträge. Er geht auf die Situation vieler Rentner*innen ein, denen es auch sehr schlecht gehe.

Im Zuge des Modelcharakters könnte das Land auch einen Betrag dazu leisten und verweist in diesem Zusammenhang auf Rostock. Das Gleichheitsprinzip werde nicht beachtet.

Stadtrat Stage kann keine Kosten in Millionenhöhe erkennen durch die Einführung des ÖPNV-Tickets. Ergänzend verweist auf die Situation bei den Studierenden, die für ein Semesterticket gerade mal 25,- € zahlen.

Stadtrat Schuster werde sich enthalten. Er findet, es müsse nicht alles kostenfrei vorgehalten werden.

Stadtrat Hempel verweist auf die Verkehrssituationen vor den Schulen. Elterntaxis müssen Alternativen aufgezeigt werden. Anreize müssen geschaffen werden für einen Umstieg auf den ÖPNV, u.a. durch Nutzung im Freizeitbereich sowie einer Wochenendnutzung. Er sieht hier die Möglichkeit der „Emanzipierung“ der Kids von der Mobilität der Eltern.

Stadträtin Linke freut sich auf die Lösung (9,- €) und findet die soziale Komponente gut. Sie ist gespannt darauf, wie sich dies mit dem 49,- € Ticket gegenüber dem 9,- € Ticket abbildet.

Stadtrat Stage mahnt zu einer fairen Diskussion. Es gehe nicht um ein kostenloses Angebot, es sollte alles in Relation stehen und gesehen werden.

Stadtrat Kumpf sieht hier eine überschaubare Sache (Sparversion). So viel Geld werde für unsinnige Sachen ausgegeben. Die Position der CDU kann er nicht nachvollziehen.

Abstimmung zur DS0466/22:

5-1-1

7.4. Finanzierung 2. Nord-Süd-Verbindung (MVB), 4. Bauabschnitt,
Damaschkeplatz bis Hermann-Bruse-Platz (Mehrkosten)
Vorlage: DS0449/22

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** greift die Diskussion im Finanz- und Grundstücksausschuss (19.10.2022) auf und geht darauf ein, dass es hier nur um die Mehrkosten für die Stadt für deren Anteil gehe.

Alle Anlagen seien planfestgestellt. Möglichkeiten zur Änderung an der Lärmschutzwand bestehen nicht mehr. Die Vergabe sei durch die MVB bereits erfolgt.

Des Weiteren geht er auf die technischen Anforderungen der Lärmschutzwand ein.

Ergänzend erläutert **Herr Gebhardt** die allgemeinen Kostenerhöhungen/Mengenmehrungen z.B. durch den Wegfall des Bestandschutz.

Der Fiktiventwurf der MVB wurde dem Realentwurf gegenübergestellt.

Die Mehrkosten muss laut Fördermittelgeber die Stadt tragen. Die Verschiebung der Richtungsfahrbahn Magdeburger Ring muss die Stadt tragen.

Durch die ungünstige topographische Lage müsse weiterer Lärmschutz auf die Stützwand (Aufprallschutz) erfolgen. Mehrkosten seien damit verbunden.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt den Aufprallschutz auf der Westseite.

Herr Gebhardt verweist auf die wesentliche veränderte Lage des Magdeburger Rings. Der Edithawinkel benötige den Lärmschutz.

Stadtrat Stern geht auf die Kostenmehrangaben ein und bittet um eine Darstellung im Gesamtpaket.

Er hinterfragt die Kosten durch die veränderte Streckenführung des Magdeburger Rings. Ist dies Bestandteil der Maßnahme und wer trägt die Kosten, fragt er nach.

Herr Gebhardt verweist auf die Leistung der MVB und erläutert die Kostensplittung (60% Bund, 30% Land, 10% Stadt).

Herr Rehbaum verweist auf die zusätzlichen Kosten, um die es jetzt hier geht.

Fördermöglichkeiten bestehen nicht, weshalb die Stadt die Kosten tragen müsse.

Stadträtin Linke geht auf den Zeitplan ein und hinterfragt die Verzögerung.

Herr Gebhardt verweist auf teilweise nicht genehmigungsfähige Sperranträge durch den Auftragnehmer der MVB. Eine Neubeantragung sei erfolgt.

Stadtrat Stage geht auf den Titel der Beschlussvorlage ein und vermisst in den Anlagen die Gesamtdarstellung des Projektes (städtebaulicher Gesamtanteil). Dieses sollte bis zur Haushaltsberatung vorgelegt werden.

Er kritisiert die Beauftragung, die bereits durch die MVB am 08.06.2022 ohne eine frühzeitige Information an den Stadtrat erfolgte. Hier hätte er sich mehr Offenheit gewünscht.

Herr Gebhardt verweist auf den 4. BA Kritzmannstraße, der im Focus stand. Er geht auf die erst jetzt vorliegenden abschließenden Unterlagen der MVB ein und verweist auf den langwierigen Prozess.

Stadtrat Stern hinterfragt die Ausführung der Lärmschutzwand. Er fragt, was sich hinter „Köcher“ verbirgt und ob die eine Begrünung der Lärmschutzwand erfolgt.

Köcherfundamente sind Hülsenfundamente, erläutert **Herr Gebhardt**. Eine Begrünung der Lärmschutzwand werde nicht erfolgen.

Stadträtin Linke erkundigt sich nach dem Verbleib des vorhandenen Fahrradweges hinter der jetzigen Lärmschutzwand.

Der Fahrradweg bleibt unverändert, so **Herr Gebhardt**.

Stadtrat Dr. Grube zeigt sich irritiert über die Zeitabläufe und verweist auf die Eilbegründung. Eine Information an den Stadtrat hätte vorab hierzu erfolgen müssen.

Wurden die Anlieger hinsichtlich eines möglichen Verkaufs befragt?

Herr Gebhardt verweist auf die Verhandlungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens durch die MVB. Vermutlich wurde keine Einigung erzielt.

Stadtrat Kumpf verweist auf einen aktiven Schallschutz durch eine Begrünung und hinterfragt die Umsetzungsmöglichkeiten dazu.

Herr Gebhardt geht auf den Pflegeaufwand ein und verweist auf die nicht vorhandene Grundstücksbreite, die für eine Begrünung und Pflege benötigt werde.

Stadtrat Hempel geht auf die Kostenerhöhung ein und verweist auf ein hausgemachtes Problem. Er geht auf Fördermittel sowie Tunneldesaster ein.

Abstimmung zur DS0449/22: 4-1-2

- 7.5. Beschluss über Mehrkosten bei der Finanzierung der
Baumaßnahme Ausbau einer Rechtsabbiegespur an der
Brenneckestraße zur Nordost-Auffahrt zum Magdeburger Ring
Vorlage: DS0482/22
-

Herr Gebhardt bringt die Beschlussvorlage ein. Er geht auf den Durchführungsvertrag sowie den Zuschuss von OBI ein. Er verweist auf das erforderliche Planfeststellungsverfahren und auf die Anregungen vom ADFC, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.

Stadtrat Hempel sieht hier eine absolut verzichtbare Maßnahme.

Stadtrat Schuster verweist auf die Anregungen/Forderung von Bürgern im Rahmen des Verkehrskonzepts Südost.

Stadtrat Stage unterstreicht die damit verbundene Verbesserung für den Radverkehr in diesem Bereich.

Abstimmung zur DS0482/22: 6-1-0

- 7.6. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 228-4 „Unterer
Hohenwarsleber Weg“
Vorlage: DS0387/22
-

Frau Schäffer bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert das Planungsziel für ein Wohngebiet. Für die Flächen wurden Anfang des Jahres 2022 zwei Anfragen zur Bebaubarkeit der Gewerbeflächen mit Wohnhäusern gestellt.

Stadtrat Stage geht auf den Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Umwelt und Energie (UwE) ein und verweist auf den Verfahrensstand.

Stadtrat Schuster hält einen Eingriff in die Planungsziele momentan für entbehrlich. Er kann dem Ansinnen des Änderungsantrags nicht folgen. Klimaneutralität habe viele Gesichter und werde vieles verteuern.

Der Beschlussvorlage werde er zustimmen. Den Änderungsantrag lehnt er ab.

Stadträtin Linke hinterfragt „attraktive“ Wohngebiete und bittet um Erläuterung.

Frau Schäffer entschuldigt sich für die Formulierung und verweist auf eine dem Klimawandel angepasste Bebauung. Sie werde dieses zukünftig klarer formulieren.

Stadtrat Dr. Grube fragt die Verwaltung nach den Auswirkungen bei Beschluss des Änderungsantrages. Kann Klimaneutralität im Bebauungsplan festgelegt werden? Weitgehend bedeutet Klimaneutralität Verzicht auf Beton, gibt er zu bedenken.

Stadtrat Stage spricht sich für eine punktweise Abstimmung des Änderungsantrages aus dem UwE aus.

Stadtrat Stern verweist auf den Beschluss aus Brüssel hinsichtlich klimaneutraler Gebäude. Er geht auf die Verteuerung des Bauens ein und hält diese Auflagen eher beim mehrgeschossigen Wohnungsbau für umsetzbar (Fernwärme).

Magdeburg müsse Wohngebiete ausweisen, der Bedarf sei vorhanden. Das Umland von Magdeburg sei da sehr viel stärker dran, gibt er zu bedenken.

Er spricht sich gegen den Punkt 2 aus dem Änderungsantrag aus.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** bittet die Anwesenden sich mehr auf die Tagesordnung zu konzentrieren und verweist auf die Tagesordnung.

Stadtrat Hempel begrüßt die Entwicklung in diesem Bereich und werde der Beschlussvorlage zustimmen. Das Gebiet werde dadurch aufgewertet.

Stadtrat Dr. Grube werde dem 1 Punkt im Änderungsantrag zustimmen. Bei dem Punkt 2 werde er sich enthalten. Langfristig werde sich Photovoltaik durchsetzen. Die vorhandenen Baugebiete der Stadt werden voll, weitere müssen erschlossen werden.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** geht auf den Änderungsantrag ein. Der Punkt 1 sei unproblematisch, beim Punkt 2 sei möglicherweise Unterhaltung, Versorgung in Bezug auf die Klimaneutralität gemeint.

Photovoltaikanlagen seien als Gemeinschaftsanlage effizienter.

Stadträtin Linke hinterfragt die Abgrenzung hinsichtlich Außenbereichs.

Herr Dr. Lerm verweist auf den Außenbereich momentan. Dafür werde Bauleitplanung gemacht. Dieses werde im Entwurf sichtbar.

Änderungsantrag DS0387/22/1/1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat folgende Änderung:

Unter Beschlussvorschlag, Punkt 2, werden die Planungsziele wie folgt ergänzt:

Als Planungsziel sollen unter anderem der Erhalt der bestehenden Baumstruktur (im nördlichen Bereich) und straßenbegleitendes Baumgrün festgesetzt werden.

Weiterhin soll auf weitgehende Klimaneutralität ~~beim Bau, als auch~~ beim Unterhalt der Häuser geachtet werden.

Abstimmung: 6-1-0

Abstimmung zur DS0387/22: 5-0-2

7.6.1. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 228-4 „Unterer
Hohenwarsleber Weg“
Vorlage: DS0387/22/1

7.6.1.1. ... der Erhalt der bestehenden Baumstruktur

Abstimmung: 6-1-0

7.6.1.2. ... Klimaneutralität

Abstimmung: 4-1-2 empfohlen mit Änderungsantrag

7.7. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 232-1 "Eingang nördliches
Stadtzentrum – Hohefortestraße"
Vorlage: DS0436/22

Herr Dr. Lerm erläutert die Planungsziele und verweist auf eine städtebauliche Ordnung, die erfolgen müsse. Er geht u.a. auf die Bildung von Raumkanten, angrenzender historischer Bebauung, Baumbestand, Stellplätze sowie Regenwasserverbringung ein.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach einem möglichen Investorendruck. Gibt es einen konkreten Anlass für den Aufstellungsbeschluss?
Der Bebauungsplan wurde nicht anlasslos erstellt, so **Herr Dr. Lerm**. Bauliche Interessen wurden bereits mehrmals bekundet.

Sollte momentan kein anlassbezogener Druck bestehen, würde **Stadtrat Dr. Grube** den Plan nicht weiterbearbeiten wollen.

Stadträtin Linke verweist auf die angrenzende Festung Mark und Ökumenischen Höfe und spricht sich für Kleinteiligkeit in der Bebauung sowie verschiedener Dachformen als Planungsziel aus.

Der Wunsch nach einer kleinteiligen Bebauung könne berücksichtigt werden, so **Herr Rehbaum**. Im weiteren Verfahren werde die Verwaltung den Hinweis mitberücksichtigen. Für Vorschriften hinsichtlich der Gestaltung der Dachform brauche es eine Gestaltungssatzung, gibt er zu bedenken.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr spricht sich für eine kleinteilige Bebauung aus.

Abstimmung zur DS0436/22: 7-0-0

- 7.8. Aufstellung und öffentliche Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 368-1A "Kümmelsberg Westseite" Teilbereich A
Vorlage: DS0398/22
-

Herr Dr. Lerm bringt die Beschlussvorlage ein.

Abstimmung zur DS0398/22: 7-0-0

- 7.9. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“
Vorlage: DS0348/22
-

Stadtrat Stage geht auf die Problematische Schulwegsituation ein. Eine Lösung müsse im Sinne der Sicherheit für die Kinder gefunden werden. Eine Neuordnung des Straßenraums muss erfolgen.

Des Weiteren fragt er, in wie fern eine Quartiersgarage in dem neuen Wohngebiet als Lösung mit beitragen könnte.

Herr Rehbaum geht auf die Leistungsfähigkeit der Nachtweide, den Knoten Mittagstraße am Schöppensteg ein und erläutert die Möglichkeiten.

Stadträtin Linke ging es um die vorhandene Situation im Bereich Nachtweide. Eine nicht vorhandene Radwegestruktur in diesem Bereich sei das Problem. Durch das neue Wohngebiet werde zusätzliches parken initiiert und die Problematik zusätzlich verstärkt.

Für **Stadtrat Stage** liegt das Problem in dem klassischen Anwohnerparken. Für den Wegfall von Einstellplätzen müsse Ersatz gefunden werden, um eine Radwegestruktur aufzubauen. Eine Option aus seiner Sicht wäre im WA 1 die Errichtung einer Quartiersgarage. Er formuliert einen weiteren Änderungsantrag.

Stadtrat Hempel geht auf die nicht einsehbare Querungssituation durch die parkenden Autos ein. Ein sicheres Überqueren sei für die Kinder nicht gegeben. Die parkenden Autos verstellen die freie Sicht für ein sicheres Überqueren der Straße. Er werde den Änderungsantrag unterstützen.

Schlimm sei bereits die bestehende Situation. Durch die geplante Entwicklung werde sich der fließende sowie der ruhende Verkehr noch mehr verschlimmern.

Stadtrat Dr. Grube werde sich bei dem Änderungsantrag hinsichtlich Quartiersgarage enthalten. Fraglich sei für ihn, wie die Leute dazu gebracht werden sollen, die Quartiersgarage zu nutzen. Die Bürger seien nicht bereit für einen Parkplatz zu bezahlen. Der Parkdruck werde trotz Parkhaus bleiben.

Der **Vorsitzende** informiert über einen weiteren Vor-Ort-Termin am 14.11.2022, 7:00 Uhr mit Eltern.

Die Errichtung eines durchgängigen Fahrradweges auf der Nachtweide müsse das Ziel sein. Zu Gunsten eines sicheren Schulweges müssten die Autos dort weichen. Wir brauchen eine Lösung. Das Baufeld W 1 könnte für die Entschärfung der Lage genutzt werden, so **Stadtrat Stage**.

Änderungsantrag zur DS0349/22:

Im WA 1 ist eine Quartiersgarage/Parkhaus einzuplanen.

Abstimmung: 3-3-1 nicht empfohlen

Stadtrat Kumpf fragt, ob es sich dann um ein privates Parkhaus handeln werde. Ja, antwortet **Stadtrat Stage**.

Einstellplätze gehören zu einem Wohngebiet, so **Herr Rehbaum**. Zu klären wäre mit dem Investor wie seine Lösung in Bezug auf die Einstellplätze (ESP) umgesetzt werden könnte. Und ob der Bedarf für die öffentliche Infrastruktur mit geschaffen werden könne.

Stadtrat Stage könnte sich einen Synergieeffekt vorstellen, der auch wirtschaftlich darstellbar wäre.

Stadtrat Kumpf findet die Lösung durch ein Parkhaus nicht schlecht, aber nicht über Zwang gegenüber einem Investor.

Stadtrat Stage spricht sich für eine Abstimmung mit dem Investor aus.

Stadtrat Schuster hinterfragt die geplante Geschossigkeit und geht auf die Wirtschaftlichkeit ein, die gegeben sein müsste.

Herr Rehbaum verweist auf eine 3 – 4-geschossige Bebauung, die geplant werde.

Stadtrat Dr. Grube werde sich enthalten. Er hält es für einen Wunsch, dass die Anwohner*innen Parkhaus oder Parkpalette annehmen werden und verweist auf die Situation in Stadtfeld.

Stadtrat Stage kommt auf 120 – 150 ESP, die weichen müssten, um einen Fahrradweg zu ermöglichen. Eine Lösung muss gefunden werden.

Das vorhandene Problem kann nicht der Investor des neuen Wohngebietes klären und lösen sollen, so **Stadtrat Schuster**.

Stadtrat Hempel sieht mit Hilfe des Investors einen Anfang, eine Chance die Problematik des fehlenden Fahrradweges endlich anzugehen.

Stadtrat Kumpf stimmt **Stadtrat Schuster** zu.

Stadträtin Linke weist darauf hin, dass der Investor von den vorhandenen 3 Schulen, dem Zoo, dem Schroteradweg auch profitieren werde. Ein Parkhaus wäre die richtige Lösung. Sie spricht sich für den Änderungsantrag aus.

Ein Bebauungsplan schafft Baurecht, aber keine Baupflicht, erinnert **Herr Rehbaum**. Abstellflächen für Fahrzeuge müssen vorgehalten werden.

Stadtrat Stage stellt fest, dass der Investor momentan nicht bauen könnte. Städtebauliche Missstände sollen über das Bebauungsverfahren behoben werden.

Stadtrat Stern geht auf die Preise für die Tiefgaragennutzung ein und verweist abschließend auf die ungenutzte Garage am Fürstenwall.

zur Kenntnis genommen

- 7.9.1. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“
Vorlage: DS0348/22/1
-

zur Kenntnis genommen

- 7.10. Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“
Vorlage: DS0349/22
-

Abstimmung zur DS0349/22: 3-0-4 geändert empfohlen

- 7.10.1. Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“
Vorlage: DS0349/22/1
-

Abstimmung zur DS0349/22/1: 5-0-2

- 7.10.2. Öffentliche Auslegung des 3. Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 131-1 „Nachtweide in einem Teilbereich“
Vorlage: DS0349/22/2
-

Abstimmung zur DS0349/22/2: 2-4-1 nicht empfohlen

- 7.11. Einrichtung einer Straßenbahnhaltestelle „Goldschmiedebrücke“ in Fahrtrichtung Süden
Vorlage: DS0332/22
-

Der **Vorsitzende** stellt den Geschäftsordnungsantrag zum vertragen des TOP.

Abstimmung GO-Antrag: 5-1-0 vertagt

Stadtrat Hempel fehlt bei der Abstimmung.

vertagt

8. Anträge
-

8.1. Miteinander statt Gegeneinander
Vorlage: A0090/22

Stadtrat Dr. Grube verlässt die Sitzung. Alle SPD-Anträge auf der Tagesordnung sollen vertagt werden.

Herr Gebhardt verweist auf die Personalsituation.

Stadtrat Schuster wirbt für den Antrag. ADFC, ADAC und Verwaltung sollten sich an einen Tisch setzen. Er hält dieses für zwingend notwendig. Der begrenzte Verkehrsraum sei nicht änderbar. Er spricht sich für die Entwicklung einer Kampagne aus, die zur Entspannung im Straßenverkehr beitragen könnte.

Stadträtin Linke geht auf die angespannte Lage im gesamten Verkehrsgebiet der Stadt ein und spricht sich dafür aus lieber konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Stadtrat Stern möchte gar keinen großen Aufwand betreiben. ADAC, ADFC zusammen mit der Stadt sollten sich auch für die Belange der Fußgängervertreter*innen mit einbringen unter Einbeziehung der örtlichen Medien.

Stadtrat Hempel sieht im Moment keine Person, die das leisten könnte. Sehr wohl sei das Grundanliegen nachvollziehbar.

Anmerken möchte er noch, dass er sich für einen Mobilitätsbeauftragten ausgesprochen hatte und nicht für einen Radbeauftragten.

Flyer drucken bringe nichts, so **Stadtrat Schuster**. Alle müssen an einen Tisch geholt werden, um eine Beruhigung der Verkehrslage zu erreichen.

Die Polizei schreitet nicht mehr ein, weiß er zu berichten.

Stadtrat Stage hält einen Runden Tisch oder eine Gesprächsrunde für besser geeignet als eine Kampagne und spricht sich für einen Änderungsantrag aus.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag wie folgt geändert:

*Der Oberbürgermeisterin wird gebeten, eine ~~Kampagne~~ **Gesprächsrunde** „Miteinander statt Gegeneinander“ **im Straßenverkehr** in der Landeshauptstadt Magdeburg zu konzipieren und ins Leben zu rufen.*

Abstimmung: 5-0-1

Abstimmung zum Antrag A0090/22: 5-0-1

- 8.1.1. Miteinander statt Gegeneinander
Vorlage: S0238/22
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2. Barrierefreiheit vor dem Hauptbahnhof realisieren
Vorlage: A0134/22
-

Für **Stadtrat Stern** steht alles in der Stellungnahme drin.

Stadträtin Linke hält eine Analyse und Neubewertung der räumlichen Strukturen des Willy-Brandt-Platzes für sinnvoll.

Sie erinnert an ihre Frage aus der Vergangenheit und fragt noch einmal nach der Wegeführung vom neu asphaltierten Radweg bis zur Bahnhofstraße. Durch die gemischte Verkehrsfläche sieht sie Konflikte entstehen, gibt sie zu bedenken.

Für ruhigere Bereiche hält **Stadtrat Stage** Share Space für eine gute Lösung. Die Umsetzung im Bahnhofsbereich sieht er eher fraglich.

Abstimmung zum Antrag A0134/22: 6-0-0

- 8.2.1. Barrierefreiheit vor dem Hauptbahnhof realisieren
Vorlage: S0298/22
-

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3. Aufnahme Bernhard-Keller-Mann-Straße Prioritätenliste
Straßensanierung
Vorlage: A0153/22
-

vertagt

- 8.3.1. Aufnahme Bernhard-Keller-Mann-Straße Prioritätenliste
Straßensanierung
Vorlage: S0317/22
-

vertagt

- 8.4. Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB
Vorlage: A0086/22
-

vertagt

Die Stadträte sprechen sich für einen eigenständigen Antrag aus.

A0215/22 - Erfahrungen und Auswirkungen des 9-Euro-Tickets –

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Erfahrungen und die Auswirkungen des 9-Euro-Tickets auszuwerten und diese Auswertung als Information vorzulegen.

Abstimmung: 6-0-0

8.4.1. Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB
Vorlage: S0186/22

vertagt

8.5. Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien
Vorlage: A0175/22

vertagt

8.5.1. Spiel- und Freizeitfläche für Ostelbien
Vorlage: S0313/22

vertagt

8.6. Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen!
Vorlage: A0094/22

Stadtrat Hempel verweist auf eine GWA-Sitzung in Buckau, die ausschlaggebend für die Antragserstellung war. In einzelnen Gebieten sollte der Bestand untersucht und gegebenenfalls somit geschützt werden.

Stadtrat Stern geht auf die 30-jährige Geschichte der WOBAU ein und verweist auf eine gute Wohnungspolitik durch das städtische Unternehmen. Er könne keine negativen Entwicklungen erkennen und ist auf den qualifizierten Mietspiegel gespannt.

Stadträtin Linke verweist auf die Entwicklungen im Mietspiegel. Eine Gentrifizierung findet bereits statt. In bestimmten Stadtteilen müsse auch mit Blick auf Intel entgegengesteuert werden.

Stadtrat Hempel stimmt **Stadtrat Stern** zu, aber auch nicht alles, was die Wobau umsetzt, sei immer gut und sozial ausgewogen.

Eine Änderung der Sozialstruktur werde momentan in der Stadt in Kauf genommen. Mit dem Antrag werde aufgezeigt, wo agiert werden könnte.

Das Spekulationsgeschäft mit Immobilien im Zuge der geplanten Intelansiedlung sei bereits gestartet.

Viele Städte haben den Anschluss verpasst, gibt er abschließend zu bedenken.

Abstimmung zum Antrag A0094/22: 3-3-0 nicht empfohlen

8.6.1. Bezahlbare Mieten sichern – Mietsteigerungen eindämmen!
Vorlage: S0222/22

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

8.7. Umgestaltung Friedensplatz
Vorlage: A0114/22

vertagt

8.7.1. Umgestaltung Friedensplatz
Vorlage: A0114/22/1

vertagt

8.7.2. Umgestaltung Friedensplatz
Vorlage: S0231/22

vertagt

8.8. Einrichtung von Park & Ride Parkplätzen
Vorlage: A0168/22

vertagt

8.8.1. Einrichtung von Park & Ride Parkplätzen Vorlage: S0334/22

vertagt

9. Informationen

9.1. Berichterstattung über den Fortgang des Bauvorhabens "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 2. Halbjahr 2022- Vorlage: I0243/22

Herr Eins bringt die Information ein. Er erläutert den aktuellen Bautenstand mit Stand vom Oktober 2022. Er verweist auf die Probleme mit dem Bauuntergrund, den Rohstoffmangel, die Verluste von Nachauftragnehmern sowie eine unübersichtliche Medienlage. Die schlechte Abfallqualitäten (Mengenmehrungen von 40%) führen zu einer erheblichen Preissteigerung bei der Entsorgung. Die Mitteleinstellung der Mehrkosten (Nachtrag) erfolgt mit der Veränderungsliste zum Haushalt.

Der Kostenbericht (Nachtrag) erfolgt mit der Veränderungsliste zum Haushalt.

Stadtrat Stern hinterfragt die Baugrunduntersuchung.

Herr Eins erläutert das Untersuchungsverfahren und geht auf den homogenen sowie inhomogenen Baugrund ein.

Die Sachnachträge sind Folge des nicht tragfähigen Baugrunds.

Stadtrat Stage fährt regelmäßig und gerne an der Baustelle vorbei und freut sich über den stetigen Fortschritt. Er regt an, für unerwartete Medienlagen zukünftig einen Puffer mit einzuplanen.

Herr Eins verweist auf die Rechtslage in Deutschland. Ein Risikomanagement sei in Deutschland nicht zulässig.

Stadtrat Stern hinterfragt eine Beschlussvorlage zur Kostenerhöhung.

Herr Eins verweist auf die Veränderungsliste zum Haushalt.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

9.2. Abschaltung von Ampelanlagen in den Nachtstunden Vorlage: I0222/22

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.3. Elberadweg Abschnitt Klosterbergegarten
Teilrückbau, sowie Umgestaltung und Neuanbindung eines
Weges
Vorlage: I0236/22
-

Stadträtin Linke geht auf die nun nicht mehr zur Verfügung stehenden Mittel ein und hinterfragt den Grund.

Des Weiteren fragt sie, ob der Zeitplan (Frühjahr 2023) der Baumaßnahmenumsetzung gehalten werde.

Die Umsetzung erfolgt aufgrund noch weiterer abzuarbeitender Maßnahmen durch den Auftragnehmer für Hausmeisterzeitverträge, so **Herr Gebhardt**.

Herr Dr. Lerm lässt bezüglich der Fördermittel zur Niederschrift zuarbeiten.

Nachrichtlich:

Die "nicht mehr zur Verfügung stehenden Mittel" waren eingenommene Ausgleichsbeträge aus der Sanierungsmaßnahme Buckau, die zum Abschluss des Sanierungsverfahrens im Sanierungsgebiet für Maßnahmen eingesetzt werden. Diese Mittel sind nun entsprechend Wirtschaftsplan für ein Anzuchthaus der Gruson-Gewächshäuser reserviert.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.4. Installation eines Stromanschlussverteilers zur Unterstützung
der kulturellen Veranstaltungen am Schellheimer Platz
Vorlage: I0250/22
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.5. Intelligente Transportsysteme (ITS)
Vorlage: I0171/22
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 9.6. Änderung von Maßnahmen in der Städtebauförderung im
1. Programm "Stadtumbau Ost-Rückbau", Programmjahr 2019
2. Programm "Sozialer Zusammenhalt", Programmjahr 2021
Vorlage: I0235/22
-

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10. Verschiedenes

Stadtrat Schuster geht auf die andauernde Baumaßnahme Lübecker Straße ein und fordert eine Aufhebung der Sperrung Insleber Straße zu prüfen.

Nach erfolgter Rücksprache mit der Straßenverkehrsbehörde und der bauausführenden Firma sind im Einmündungsbereich zur Insleber Straße noch Tiefbauarbeiten erforderlich, weshalb der Einmündungsbereich gesperrt sein muss. Eine zügige Abarbeitung der Restleistungen hat die Baufirma zugesagt.

Stadtrat Hempel fragt nach der Beendigung der Baumaßnahme im Bereich der Haltstelle Große Diesdorfer Straße, Ecke Westring/Europaring.

Die Baustelle wurde in der Sperrung am 05.09.2022 vorgetragen und für einen Zeitraum von max. fünf Tagen genehmigt. Teilnehmer an der Sperrung war auch ein Vertreter von der MVB. Im Kreuzungsbereich mussten Regulierungsarbeiten an einem Straßenablauf vorgenommen werden, weshalb der Fahrstreifen gesperrt werden musste.

Stadträtin Linke geht auf den wegen Beleuchtungsarbeiten abgesperrten Schroteradweg im Bereich Stadtfeld West ein. Sie musste feststellen, dass hier nur abgesperrt wurde und keinerlei Bautätigkeiten zu erkennen seien.

Herr Gebhardt verweist auf eine beantragte und genehmigte Sperrung für die bauausführende Firma. Entlang des Schroteradweges erfolgen Verlegearbeiten auf der Südseite der Schrote.

Stadtrat Stage geht auf die Eisenbahnbrücke Hallische Straße ohne eine

Kreuzungsvereinbarung ein. Er geht auf den Gleismittenabstand ein und hinterfragt die Nutzung in Bezug auf das Regionalstadtbahnkonzept.

Herr Dr. Lerm klärt auf und verweist auf eine angedachte Nutzung der Schienen auf der Brücke und nicht unter der Brücke.

10.1. Rahmenplan Innenstadt

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

11. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

13.1. 15.09.2022

Abstimmung: 3-0-2

13.2. 29.09.2022

Abstimmung: 3-0-2

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage
Vorsitzender

Corina Nürnberg Isabel Richter
Schriftführerin